

RFJ: Ethnische Identität der Gewalttäter in Frankreich wird verschwiegen

Utl.: Gudenus und Amhof fordern Sicherheitsvorkehrungen in Österreich =

Wien (OTS) - Als unglaubliche Mißinformation der Bevölkerung durch Medien und Politik bewerten RFJ Bundesobmann Johann Gudenus und Bundesgeschäftsführer Nikolaus Amhof die öffentliche Darstellung der Gewaltexzesse in Frankreich und fordern eine Bekämpfung des Übels an der Wurzel, also Minuszuwanderung statt Masseneinwanderung.

"Wenn andauernd von randalierenden Jugendlichen die Rede ist, so wird deren Herkunft geflissentlich verschwiegen. Es handelt sich bei diesen Schwerverbrechern nämlich ausnahmslos um solche mit schwarzafrikanischer oder arabischer Abstammung. Diese Tatsache ist dem offiziellen Österreich der Gutmenschen unangenehm, da sie das endgültige Eingeständnis des Scheiterns ihrer multikulturellen Träumereien bedeutet und wird deshalb verschwiegen.

In Wirklichkeit ist das Verhalten der moslemischen und schwarzafrikanischen Einwanderer empörend: Ein europäisches Land hat sie aus Hunger und Elend herausgeholt und zum Dank zünden diese Leute denen, die sie mit ihrem Steuergeld erhalten, die Autos an, so Gudenus und Amhof weiter.

Als völlig verantwortungslos muß auch die wirklichkeitsfremde Ansicht von Minister Gehrler gesehen werden, die behauptet, so etwas könne in Österreich nicht passieren: Im Gegenteil! Beide Grundvoraussetzung derartiger bürgerkriegsähnlicher Zustände, nämlich hohe Jugendarbeitslosigkeit und Masseneinwanderung aus bestimmten Ländern liegen in Österreich vor und für beide ist die ÖVP hauptverantwortlich, so Bundesobmann Gudenus weiter.

Schon 1968 erkannte der britische Konservative Enoch Powell in seiner Einwanderer-Rede: "Integrieren ließen sich kleine Gruppen; sind die Zuwanderer einmal bei zehn Prozent der Bevölkerung angelangt, dann empfinden sie den Druck zur Anpassung nicht mehr, sondern können ihrerseits politischen Druck in ihrer neuen Heimat ausüben."

Wenn Gusenbauer davor warnt, dass es angesichts der hohen Arbeitslosigkeit in Österreich ja nicht zu Pariser Verhältnissen

kommen darf, dann kann man nur eine schizophrene Argumentation bei ihm orten: Es ist doch die SPÖ, die vor allem nach mehr Einwanderung schreit und gleichzeitig Vollbeschäftigung wünscht. Wie aber kann man bei 300.000 Arbeitslosen und neu dazukommenden unterqualifizierten Einwanderern von Vollbeschäftigung träumen?, fragt Gudenus.

Da Auseinandersetzungen wie in Frankreich sehr wohl auf Österreich zukommen, fordert der RFJ Maßnahmen: Insbesondere sollte mit der sofortigen Aufstellung von Reservepolizeieinheiten und deren spezieller Ausbildung für den Einsatz gegen randalierende Jugendliche zur akuten Symptombekämpfung begonnen werden. Damit es aber zurerst gar nicht so weit kommt, fordert der RFJ das Prinzip der Minuszuwanderung endlich umzusetzen, kriminelle Ausländer und Scheinasylanten rigoros abzuschieben und der Arbeitslosigkeit vor allem im Jugendbereich endlich ernsthaft den Kampf anzusagen. Österreich zuerst! Österreichische Arbeitsplätze stehen in erster Linie Österreichern zu, schließen Gudenus und Amhof.

Rückfragehinweis:

~

Ring Freiheitlicher Jugend
Bundesgeschäftsstelle
Tel.: +43 1 4080748
Fax: +43 1 4080748 - 20
mailto:info@rfj.at
http://rfj.at

~

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER
VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

OTS0039 2005-11-11/09:30

110930 Nov 05

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20051111_OTS0039